

Vollzeit

Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Halle'sche Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags, das monatliche Bezugspreis durch die Anzeigenverwaltung ohne Belegbogen 1.40 Reichsmark, durch die Post 1.55 Reichsmark und 40 Reichspfennig Zustufgebühren. © durch der Anzeigen-Annahme: John Hübner, mittags.

Die Anzeigen werden nach Kolonnenpreisen berechnet; die Zeile 20 Zeichen. Verlagspreis: Das Doppelheft 16 und die Druckbogen 17, Einzelnummer 7431. Druck-Verlag: „Gesellschaft für Druck- und Verlagswesen“ Halle a. S., Postfach-Nummer Leipzig Nr. 22815. Verlagsleitung: Halle a. S.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.
Der Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller wird die Fetei seines 50jährigen Bestehens mit einer Festigung am Dienstag, dem 21. Oktober, im großen Sitzungssaal des Reichstages in Berlin begehen.

Der Deutsche Sportverein in Meran hat eine Wiener Fußballmannschaft zu einem Wettkampf eingeladen, das am kommenden Sonntag stattfinden sollte. Das italienische Konjunkt hat jedoch das Entgegenkommen verweigert.

In die Befestigungsarbeiten im neubefestigten Gebiet erging der Befehl, die vorhandene Befestigung schon jetzt unbrauchbar zu machen, indem öffentliche Zufahrten, Karaden, Aufstiege der Wache u. a. mit Mufft möglichst vernichtet werden sollen.

Am belgischen Parlament besteht die Absicht, auf die belgische Regierung einen starken Druck auszuüben, damit sie auf der bevorstehenden Konferenz der Finanzminister der Entente darauf hinwirkt, daß das Ruhrgebiet schneller, als im Sondervertrag vorgesehen, geräumt wird, da sonst ein zu großer Teil des Ertrages nach dem Dampfsplan durch die Befestigungsarbeiten verfliegen würde.

Die französische Heeresleitung teilt mit, daß die 23. Division die Stadt Limburg am 23. Oktober um die Mittagsstunde verlassen werde. Der gesamte Kreis Limburg wird nunmehr am 23. Oktober von sämtlicher Besetzung frei sein und gehört von diesem Tage an wieder zum unbesetzten Gebiet.

Am Sonabend fand im großen Saale der Bürgergemeinde in Köln ein Veranlassung statt, in der der französische General Berzard und der deutsche General von Schönnich Anreden hielten. Der französische General redete in seiner Anrede, der deutsche General von Schönnich erwiderte einen Appell an alle Feindeskräfte, den Pazifismus zu kürzen. — Wenn es bei diesem widerlichen Vorgang und diesem deutschen „General“ nicht schießt wird, dem muß der Herr dazu im Falle stehen.

Die deutschen Kolonien in Tokio, Yokohama, Kobe und Finghar zeigen allgemeine Befriedigung über den erfolgten Abschluß des deutsch-japanischen Abkommens. Besonders Freude erregte, daß nach dem Abkommen restlose Freigabe der deutschen Klubs erfolgen wird.

Der Vorsitzende des Ausschusses der Kabelkommission in Neuport teilte in einer Sitzung die Nachricht mit, daß die Kabelkommission mit der Deutschen Atlantischen Telegraphen-Gesellschaft einen Vertrag über die Schaffung einer direkten Kabelverbindung zwischen Deutschland und Amerika abgeschlossen hat. Die endenden Kabel werden Gesellschaften sollen auf den Azoren zusammengeköpelt werden.

Ein österreichischer Waldarbeiter, der sich mit anderen Personen auf der Jagd befand, wurde auf österreichischem Boden von italienischen Grenzsoldaten verhaftet und nach Bozen ins Gefängnis gebracht. Ein anderer Jäger, der sich nach dem Schießfeld des Verhafteten erkundigen wollte, wurde ebenfalls verhaftet. — So, was die Herren, die immer die Gerechtigkeit um die Mäntel führen, sich alles erlauben, weil sie im Lande haben.

In der Landesverwaltung von Böhmen ist man einer großen Befestigungsfrage auf die Spur gekommen, in die einige Ingenieure der elektrotechnischen Abteilung verwickelt sind. — Die Befestigungsarbeiten in der Tschechoslowakei nehmen kein Ende. Während kann man sich allerdings nicht; die ganze Entscheidung dieses Staates ist ja ein großer Schwindel.

Wie aus einer Statistik der politischen Gefangenen in Litauen hervorgeht, befinden sich in Kowno in Untersuchungshaft 139 Gefangene, darunter 62 Polen, 38 Deutsche, 36 Juden, nur 3 Russen. Diese Statistik gibt ein genaues Bild des Zustandes der nationalen Widerparteien in Litauen.

Zwischen Estland und Rußland ist ein Konflikt ausgebrochen, weil die Russen die estländischen Vertreter in Rostau häufig durch die Abhörsysteme verhaften, in der Wüste betreiben und der Spionage verdächtigen. — Was waren die russischen Herrschaften doch empfindlich, als Deutschland es wagte, der russischen Handelsverträge in Rostau einmal etwas auf die roten Finger zu tun. Aber freilich: Wenn zwei daselbe tun, es ist nicht daselbe.

Die spanische Presse verlangt immer energischer Beendigung des Marokkotreuges und Auflösung von Wahlen zur Bildung einer verfassungsmäßigen Zivilregierung.

Noch keine Regierung.

Mit dem Fragezeichen hinter der Sonnabendmeldung über die Lösung der Regierungskrisis haben wir nicht gehacht; die Verhandlungen sind wieder einmal gescheitert und gehen heute weiter.

Der Grund der immerwährenden Verwickelung ist das Verhalten der Demokraten, die alles nur erdenkliche tun, um eine bürgerliche Regierung zu verhindern, im genauen Gegensatz zu den englischen und amerikanischen Demokraten, die die größten Opfer bringen, um die Gefahr einer Linkserregung zu beseitigen.

Auch die Haltung des Zentrums ist viel eigenartig, und wenn man bedenkt, daß die katholische Kirche in allen anderen Ländern der Welt die nationalen Kräfte gegen die internationale Eintracht unterstützt, muß der aralofete Mensch an

den Verdacht kommen, daß die so ganz andere Haltung unserer Demokraten und Katholiken von geheimen Mächten bestimmt wird, die, hinter den Kulissen liegend, die Treuehaftigkeit der demokratischen und Zentrumsparteien zu Heilen mißbrauchen, die gegen die Interessen des Reichs und des deutschen Volkes gerichtet sind.

Im Übrigen aber bekommt man immer mehr den Eindruck, als ob das was in Berlin sich abspielt, überhaupt nicht mehr ernsthafte Politik, d. h. Arbeit für das Gemeinwohl sei, sondern ein unwürdiges Spiel perfidierlicher Interessen, ein Kampf um die Beherrschung „mohndemokratischer“ Rechte, Eitelungen und Ketzerei. Denn anders kann man sich in der unebenen ersten Lage kaum mehr erklären, daß es nicht möglich sein sollte, eine Lösung zu finden. Es fehlt die Hauptbedingung: der gute Wille und das Bittgefühl

Krach in der Reparationskommission.

In der Reparationskommission kam es zu schweren Meinungsverwickelungen, weil zwei Dänen nachwies, daß der Dampfsplan die ausordentlichste Bestimmung enthält, die für den Zwischendienst und die Amortisation der 800-Millionen-Anteile notwendigen Beträge seien in dem einzigen Jahreszahlungen Deutschlands inbegriffen, während Bartheu und Delacroix sich auf den Standpunkt stellten, daß Deutschland im Jahre 1924/25 nicht nur eine Milliarde für die eigentlichen Reparationen, sondern außerdem 9.5 Millionen für die Verzinsung und Amortisierung der Anleihe zu bezahlen hätte.

Ein zweiter Zwischenfall ereignete sich, als Dänen Jöneg erklärt, die Zoprojenige Ausfuhrzute ist unbedeutend und widerspreche dem Dampfsplan.

Beide Angelegenheiten werden Ende Oktober vom Transierkomitee und vom Verwaltungsrat der neuen Emmissionen erörtert werden, sobald der händige Generalagent für die Zahlungen, Gilbert, seinen Posten angetreten haben wird.

Ueber die von den französischen Delegierten bestrittene Einbeziehung des Zinsen- und Amortisationsdienstes der Anleihe in die Jahreszahlungen Deutschlands enthält der Dampfsplan folgende völlig eindeutige Bestimmungen: „Der für den Zwischendienst dieser Anleihe und jeder späteren Anleihe erforderliche Betrag muß von dem Summen abgezogen werden, die nach unserem Plane in den folgenden Jahren zur Verfügung der Gläubiger Deutschlands gestellt werden können.“

Zum englischen Wahlkampf.

Von unserem Londoner J. Westkämmerer.
London, 16. Oktober.

Es ereignet sich die Streitfrage, was MacDonald nach der Wahl tun wird, d. h. wenn er nicht eine klare Mehrheit gegenüber den anderen Parteien bekommt, was ja niemand mit Sicherheit prophesien kann.

Das Ergebnis der Wahl läßt drei Möglichkeiten offen: legte mit geteilt ein erfahrener Parlamentarier. — „Einmal kann die ungeheure bisherige Stärke der einzelnen Parteien herauskommen, es mit einer Verminderung der Liberalen, aber einer Verstärkung der Konserwativen und einer Verstärkung der Arbeitpartei, die aber immerhin alles beim Alten lassen würde. Dann wäre der Zweck MacDonalds nicht erreicht. Er wäre der gleichen obstruieren, aggressiven Politik der Gegner ausgesetzt, könnte also nicht in Frieden regieren. Er würde daher seine neue Zeit noch nicht für gekommen erachten.

Natürlich könnte er ein neues Mißtrauensvotum abwarten. Das Wahrscheinlichste ist aber, daß er entweder gleich zum König geht und keinen Rücktritt ansieht oder dies bei Eröffnung des Parlaments tut. Es ist jedoch festzuhalten, daß er völlig Herr seiner Handlungen ist.

Bringt die Wahl eine beträchtliche Stärkung der Konserwativen, eine mindere der Arbeitpartei, so heißt alles dafür, daß er gleich nach der Eröffnung zum König geht, denn das Ergebnis wäre tatsächlich eine Niederlage. Er wird dann bei Eröffnung des Parlaments mit dem Seinen ohne weiteres nach der Frontant der Opposition umkehren, und der vom König berufene Baldwin als die Regierungsmannschaft.

Es wäre aber noch ein Drittes möglich. MacDonald könnte gegen früher eine beträchtliche Stärkung erhalten, die Konserwativen eine mindere, dann läme es auf den Stand der Liberalen

an. Ergibt sich eine Stärkung der letzten Opposition, die ihnen nur eine geringe Mehrheit verbleibt, so wäre es denkbar, daß MacDonald bleibt, weil er, wie die Abstimmung über das liberale Amendement gezeigt hat, sicher auf liberale Mehrheiten rechnen kann. Er könnte ruhig bleiben und bald über die Aufnahmefähigkeit stimmen lassen, die ihm aller Wahrscheinlichkeit nach einen, wenn auch nur knappen Sieg bringen würde.

Aber er würde trotzdem nicht viel ruhige Minuten erleben, und das ist, was weder seine Partei noch das Land brauchen kann. Letzteres nur einen entscheidenden Sieg einer Seite bräuhet. Ist er nicht zu erlangen, so fürchte ich eine aufeinanderfolgende Reihe schwerer parlamentarischer Erschütterungen, ein direktes Unglück für Englands Handel und Industrie und nicht zuletzt für unser internationales Prestige.“

Der italienische Minister hat eine Gesetzesvorlage angenommen, die ein einheitliches Zusammenarbeiten aller militärischen und zivilen Behörden und Organisationen für den Fall der Mobilisation vorsieht.

London, 19. Oktober. Allgemein ist man der Überzeugung, daß sich die Ausschüsse für die Neuwahlen im Verlaufe der letzten Woche für die konservative Partei bedeutend gebessert haben. Auch im konservativen Hauptquartier beurteilt man die Lage viel zuversichtlicher als im Vorjahre, wo verschiedene maßgebende Persönlichkeiten sich über die Wahrscheinlichkeit einer Wahlinterdelle durchaus äußerten. Auch die getriggen Sonntagsblätter sind der gleichen Auffassung. Das Geringste, was man als wahrscheinlich betrachtet, ist ein konservativer Wahlsieg von 30 bis 40 Sitzen, wodurch ein konservatives Kabinett mit Unterstützung des rechtsliberalen Flügels möglich wäre.

Die Vollstige Zeitung meldet aus London: Bisher sind 35 Kandidaten für das Unterhaus als gewählt erklärt worden, da in ihren Wahlfreien keine Gegenkandidaten aufgestellt wurden. Von diesen 35 Kandidaten entfallen auf die Konserwativen 16, auf die Liberalen 6, auf die Arbeiterpartei 10 und auf die irischen Nationalisten 1. Zu den gewählten gehört der Führer der Konserwativen Baldwin.

Das Chaos in Kanton.
Die „Times“ berichtet aus Hongkong über die Kämpfe in Kanton, daß nach der Überwindung der Freiwilligenverbände der Kaufleute durch die Truppen Sunpafens Morbatten und Plünderungen eingeleitet hätten. Mindestens 1000 Kaufleute seien zerstückt worden. Der Schaden werde auf 5 Mill. Pfund Sterling geschätzt. — Zwei amerikanische Kanonenboote werden entsart.

Der Zentralausshuß der englischen Kommunistenpartei hat an Sunpafens „eine herzlichen Glückwünsche gesandt“, zum Siege über die von schließlichen Kapitalisten angeführte Faschistenarmee. Die Kommunistenpartei macht die jetzige Wahlkampagne zu einer Abkündigung der von MacDonald forgesetzten imperialistischen Politik gegen China, Sowjet-Rußland, Indien und jedes Land, in dem die kämpfenden Massen das Joch des Kapitalismus abzuschütteln streben.

Auslandsanleihen der preussischen Gemeinden.

Von Dr. v. Bahrdt, Geheimer Finanzrat.
Seit Finanzrat Dr. von Bahrdt in der Dezentralen des Reichs Finanzministeriums für die gelamten preussischen Kommunalkationen der ist also auf diesem Gebiete die Autorität. Die Zurechtweisung.

Nor dem Kriege waren Auslandsanleihen preussischer Gemeinden (Städte, Kreise, Provinzen) eine lebhafte Erscheinung. Im allgemeinen pflegten die Gemeinden ihren Kredit im Inlande zu belegen, indem sie teils selbst Inhaberanleihen herausgaben, teils bei größten Geldinstituten aufnahmen, die ihrerseits das Recht zur Herausgabe von Kommunalkationen erhalten hatten. Die Kommunalkationen erlitten sich im Publikum aus besonderer Beliebtheit und machten dem Reich wie die Anleihen bei den Kreditinstituten ihrer Anleihen vielfach Konkurrenz. Aus diesem Grunde wurde letzten Endes auch der Fälligkeit des Reichs einer großen öffentlichen Kommunalkation damals nicht weiter verfocht.

Mit Ausbruch des Krieges änderte sich die Verhältnisse nämlich, indem Inhaberanleihen nicht mehr von der staatlichen Aufsichtsprüfung genehmigt wurden, um den Reich die Anleihen des Reichs ausnahmsweise zu erhalten. Die Gemeinden waren zur Deckung ihres Geldbedarfs damit auf die Inhaberanleihen zurückzuführen. Es bedurfte annehmen. Dieser Kredit wurde jedoch bei privaten und öffentlichen Banken beschafft. In manchen Fällen trat auch die Preussische Staatsbank helfend ein. Die Inhaberanleihen dieser Kreditinstitute erlitten besonders im Verhältnis zu den Zahlungen der Familienunterstützungen nicht mehr besondere Aussehen, sondern auch für den Reich durch den Krieg sehr an Wert verloren. In dieser Weise wurden die Geldmittel für die Schaffung mancher Kreiseseinrichtungen gewonnen.

Nach Beendigung des Krieges änderten sich die Verhältnisse nicht wesentlich. Die Anleihen der durch die Ereignisse der Kriegszeit in manche Verwaltungen hineingetragen wurde, verurteilte ebenfalls vielfach nicht unbedeutliche Ausgaben, es wurden manche Krieten und Unternehmungen in Angriff genommen, an die man sich früher mit Mühe auf die hierdurch bedingten Kosten gelaufen hätte nicht recht heranzuziehen zu allen. Namentlich es in gewissen Umständen namentlich nachdem die gesetzliche Grenze der Bezugszahl beträchtlich Anleihen entfallen war — gelang, das stark gesteigerte Kreditbedürfnis durch Aufnahme langfristiger Anleihen zu decken. In diesen die Gemeinden und Gemeindeverbände doch im wesentlichen weiterhin auf die Inhaberanleihen zurückzuführen inländischen Kredit angewiesen.

Diese Möglichkeit wurde jedoch erschwert, daß seit der öffentlichen Banker neu entstanden waren bzw. sich zu großen leistungsfähigen Verbänden auf öffentlich-rechtliche Grundlage zusammengelagert hatten. (Kommunalkassen, Kreiszentralen, Landeszentren, Provinzen etc.). Gemeinden, namentlich im besetzten Gebiet, und auch solche Gemeinden, die von früher her nach dem Auslande besondere geschäftliche, geschäftliche oder persönliche Beziehungen zu auswärtigen Ländern in dieser Zeit aus Inhaberanleihen, zum Teil mit hohen Beträgen, allerdings in den meisten Fällen nur fiktionalerweise, auf dem Weltmarkt zu erwerben, konnten auch in diesen Jahren nicht mehr auf den Weltmarkt, sondern höchstens auf dem heimischen Markt, namentlich in Amerika, Holland, Dänemark und die Schweiz in Betracht. Im Verhältnis zu dem Gesamtkredit bildeten diese Anleihen aber immer nur einen verhältnismäßig geringen Bruchteil. Zu erwähnen ist hierbei auch, daß die Anleihen teils auf Papiermarkt, teils auf fremde Valuta lauteten.

Möglichkeit, Anleihen in Papiermarkt für den Markt zu bringen, wurde mit dem Anwaschen der Inflation immer weniger, und die Gemeinden nahezu unmöglich. Dabei ließen, auch nachdem eine gewisse Verzinsung einsetzten war, die einmaligen Aussehen keineswegs nach; es handelte sich im Gegenteil um nicht nur darum, bestehende werbende Anlagen auf weitehin zu erweitern, sondern auch neue, erhebliche Schäden der Kriegszeit und der Kriegszeit wieder zu beheben (Wiederherstellung von Grundstücken, öffentlichen Straßen usw.). Die Verhältnisse hatten sich zur Zeit, als die Inflation ihren Höhepunkt erreichte, besonders ungünstig und mancher künftige Kämpfer lag der allernächsten Zukunft mit großer Sorge entgegen. Bei der Stimmung des Publikums, bei der Entwertung aller bisherigen Werte war es selbst unter Ausbeutung hoher Zinsen, hoher Sicherheiten und der Rückführung der Anleihen auf Gold oder Dollar nicht mehr möglich, irgendwelche nennenswerte Kredite im Inlande zu erhalten.

Es ist daher verständlich, daß die Hoffnung der preussischen Gemeinden auf Vertriebung ihres Kreditbedürfnisses im Inlande nach dem Auslande richtiger und daß man auf die Londoner Verhandlungen in der Hoffnung sein durfte, daß alle in der Krise im Verhältnis zum Reich in der letzten Zeit befristeten Anleihen, Sowjet-Rußland, Indien und jedes Land, in dem die kämpfenden Massen das Joch des Kapitalismus abzuschütteln streben.

den Verdacht kommen, daß die so ganz andere Haltung unserer Demokraten und Katholiken von geheimen Mächten bestimmt wird, die, hinter den Kulissen liegend, die Treuehaftigkeit der demokratischen und Zentrumsparteien zu Heilen mißbrauchen, die gegen die Interessen des Reichs und des deutschen Volkes gerichtet sind.

Im Übrigen aber bekommt man immer mehr den Eindruck, als ob das was in Berlin sich abspielt, überhaupt nicht mehr ernsthafte Politik, d. h. Arbeit für das Gemeinwohl sei, sondern ein unwürdiges Spiel perfidierlicher Interessen, ein Kampf um die Beherrschung „mohndemokratischer“ Rechte, Eitelungen und Ketzerei. Denn anders kann man sich in der unebenen ersten Lage kaum mehr erklären, daß es nicht möglich sein sollte, eine Lösung zu finden. Es fehlt die Hauptbedingung: der gute Wille und das Bittgefühl

In der Reparationskommission kam es zu schweren Meinungsverwickelungen, weil zwei Dänen nachwies, daß der Dampfsplan die ausordentlichste Bestimmung enthält, die für den Zwischendienst und die Amortisation der 800-Millionen-Anteile notwendigen Beträge seien in dem einzigen Jahreszahlungen Deutschlands inbegriffen, während Bartheu und Delacroix sich auf den Standpunkt stellten, daß Deutschland im Jahre 1924/25 nicht nur eine Milliarde für die eigentlichen Reparationen, sondern außerdem 9.5 Millionen für die Verzinsung und Amortisierung der Anleihe zu bezahlen hätte.

Ein zweiter Zwischenfall ereignete sich, als Dänen Jöneg erklärt, die Zoprojenige Ausfuhrzute ist unbedeutend und widerspreche dem Dampfsplan.

Beide Angelegenheiten werden Ende Oktober vom Transierkomitee und vom Verwaltungsrat der neuen Emmissionen erörtert werden, sobald der händige Generalagent für die Zahlungen, Gilbert, seinen Posten angetreten haben wird.

Ueber die von den französischen Delegierten bestrittene Einbeziehung des Zinsen- und Amortisationsdienstes der Anleihe in die Jahreszahlungen Deutschlands enthält der Dampfsplan folgende völlig eindeutige Bestimmungen: „Der für den Zwischendienst dieser Anleihe und jeder späteren Anleihe erforderliche Betrag muß von dem Summen abgezogen werden, die nach unserem Plane in den folgenden Jahren zur Verfügung der Gläubiger Deutschlands gestellt werden können.“

Zum englischen Wahlkampf.

Von unserem Londoner J. Westkämmerer.
London, 16. Oktober.

Es ereignet sich die Streitfrage, was MacDonald nach der Wahl tun wird, d. h. wenn er nicht eine klare Mehrheit gegenüber den anderen Parteien bekommt, was ja niemand mit Sicherheit prophesien kann.

Das Ergebnis der Wahl läßt drei Möglichkeiten offen: legte mit geteilt ein erfahrener Parlamentarier. — „Einmal kann die ungeheure bisherige Stärke der einzelnen Parteien herauskommen, es mit einer Verminderung der Liberalen, aber einer Verstärkung der Konserwativen und einer Verstärkung der Arbeitpartei, die aber immerhin alles beim Alten lassen würde. Dann wäre der Zweck MacDonalds nicht erreicht. Er wäre der gleichen obstruieren, aggressiven Politik der Gegner ausgesetzt, könnte also nicht in Frieden regieren. Er würde daher seine neue Zeit noch nicht für gekommen erachten.

Natürlich könnte er ein neues Mißtrauensvotum abwarten. Das Wahrscheinlichste ist aber, daß er entweder gleich zum König geht und keinen Rücktritt ansieht oder dies bei Eröffnung des Parlaments tut. Es ist jedoch festzuhalten, daß er völlig Herr seiner Handlungen ist.

Bringt die Wahl eine beträchtliche Stärkung der Konserwativen, eine mindere der Arbeitpartei, so heißt alles dafür, daß er gleich nach der Eröffnung zum König geht, denn das Ergebnis wäre tatsächlich eine Niederlage. Er wird dann bei Eröffnung des Parlaments mit dem Seinen ohne weiteres nach der Frontant der Opposition umkehren, und der vom König berufene Baldwin als die Regierungsmannschaft.

Es wäre aber noch ein Drittes möglich. MacDonald könnte gegen früher eine beträchtliche Stärkung erhalten, die Konserwativen eine mindere, dann läme es auf den Stand der Liberalen

an. Ergibt sich eine Stärkung der letzten Opposition, die ihnen nur eine geringe Mehrheit verbleibt, so wäre es denkbar, daß MacDonald bleibt, weil er, wie die Abstimmung über das liberale Amendement gezeigt hat, sicher auf liberale Mehrheiten rechnen kann. Er könnte ruhig bleiben und bald über die Aufnahmefähigkeit stimmen lassen, die ihm aller Wahrscheinlichkeit nach einen, wenn auch nur knappen Sieg bringen würde.

Aber er würde trotzdem nicht viel ruhige Minuten erleben, und das ist, was weder seine Partei noch das Land brauchen kann. Letzteres nur einen entscheidenden Sieg einer Seite bräuhet. Ist er nicht zu erlangen, so fürchte ich eine aufeinanderfolgende Reihe schwerer parlamentarischer Erschütterungen, ein direktes Unglück für Englands Handel und Industrie und nicht zuletzt für unser internationales Prestige.“

